



JETZT
beiliegendes Referendum gegen
das teure CO₂-Gesetz unterschreiben
und den Bogen zurücksenden!

November 2020

Massiver Linksrutsch zerstört die Schweiz!



Schauen Sie tatenlos zu?

Gehen Sie **am 29.11.** an die Urne!

Wir müssen jetzt entschieden handeln!

Mala tempora currunt. Das Zitat von Cicero beschreibt die Lage, in der wir Schweizerinnen und Schweizer uns aktuell befinden: Es sind zwar schlechte Zeiten, aber schlechtere stehen bevor – wenn wir jetzt nicht entschieden handeln.

Etwa im Kampf gegen die Corona-Pandemie. Der rasante Anstieg der Infektionszahlen bereitet mir Sorgen. Meine Gedanken sind bei all jenen, die an diesem Virus erkrankt sind. Die SVP ist immer dafür eingetreten, dass die Risikogruppen geschützt werden. Wir müssen dies jedoch in unserem föderalistischen System tun, die Kantone können nicht alles an den Bund delegieren. Dasselbe gilt für uns Bürgerinnen und Bürger. **Wir können nicht alles an die Behörden delegieren, sondern müssen eigenverantwortlich handeln.** Nur wenn wir schauen, dass wir gesund bleiben, bleiben es andere auch. Letztlich entscheidet auch unser Verhalten darüber, ob es einen erneuten Lockdown gibt, der Arbeitsplätze und damit das Einkommen von Tausenden Menschen vernichtet.

Auch das neue CO₂-Gesetz, das dem Mittelstand, der Landbevölkerung und der Wirtschaft schadet, müssen wir entschieden bekämpfen. Das Gesetz bringt dem Klima nichts, den Bürgerinnen und Bürgern hingegen zieht es mit zusätzlichen Steuern und

Abgaben noch mehr Geld aus der Tasche. **Helfen Sie mit, dass wir das Referendum gegen diese links-grüne Abzockerpolitik zustande bringen.** Ich und Hunderttausende Schweizerinnen und Schweizer zählen auf Sie.

Ebenfalls schädlich sind die Initiativen «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» und «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten», über die wir am 29. November abstimmen. Zwar klingen deren Anliegen gut. Lassen Sie sich nicht täuschen! Eine Annahme dieser linksextremen Initiativen würde den Schweizer Betrieben und damit uns allen enormen Schaden zufügen. Die Delegierten der SVP Schweiz haben für beide Vorlagen klar die Nein-Parole gefasst.

Wir haben gemeinsam einen harten Abstimmungskampf für die Begrenzungs-Initiative geführt. Für Ihren wertvollen Einsatz danke ich Ihnen! Leider konnten wir eine Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer nicht von einem JA überzeugen. Worauf wir aber stolz

sein können: Ohne die Begrenzungs-Initiative hätte der Bundesrat den Unterwerfungsvertrag mit der EU schon längst unterschrieben, der nichts anderes ist als ein schleichender EU-Beitritt. Deshalb haben die Delegierten der SVP Schweiz eine Resolution verabschiedet, in der sie den Bundesrat auffordern, das Abkommen zurückzuweisen.

Mir liegen diese Ziele am Herzen: Wir müssen 1. das Wohlergehen unseres Mittelstandes garantieren – er ist das Rückgrat unseres Landes. 2. Die Unabhängigkeit der Schweiz verteidigen und deshalb jede weitere Anbindung an die EU bekämpfen. Und 3. zusätzliche Bürokratie, Verbote und Steuern bekämpfen, um unseren Wohlstand zu erhalten.

Ich danke Ihnen für Ihren Einsatz!

Marco Chiesa
Ständerat und Präsident
der SVP Schweiz



Jetzt muss das Abkommen mit der EU vom Tisch

Leider konnten wir keine Mehrheit der Stimmenden von der Begrenzungs-Initiative überzeugen. Der Abstimmungskampf war geprägt vom vereinigten Kampf gegen uns und von der Corona-Krise. Doch der Ja-Anteil von über 38 % zeigt, dass das Institutionelle Abkommen mit der EU chancenlos ist und die Übung dringend abgebrochen werden muss.

Bei einer Stimmbeteiligung von fast 60 % hat das Schweizer Stimmvolk die Begrenzungs-Initiative mit 61,71 % der Stimmen abgelehnt. Die Volksinitiative unserer Partei forderte die eigenständige Steuerung der Zuwanderung in die Schweiz, was Neuverhandlungen mit der EU über die Personenfreizügigkeit bedingt hätte. Nach dem Nein war das Freudengeheul der Initiativgegner laut: «Jetzt ist der Weg frei für das Rahmenabkommen mit der EU.»



« Die SVP erreichte bei den Eidgenössischen Wahlen 2019 einen Wähleranteil von 25,6 %. Der Begrenzungs-Initiative haben jedoch fast 40 % zugestimmt. »

Wirklich? Bei näherer Betrachtung ist das Ergebnis ein Erfolg. Die SVP erreichte bei den Eidgenössischen Wahlen 2019 einen Wähleranteil von 25,6 %. Der Begrenzungs-Initiative haben jedoch fast 40 % oder genau 38,29 % bzw. 1'233'953 Menschen zugestimmt. Dies, obwohl die SVP allein gegen den Bundesrat, alle Verbände, Gewerkschaften und Institutionen kämpfte.

Vor diesem Hintergrund und in der aktuellen Corona-Krise, die viele Menschen verunsichert, ist dieses Ergebnis ein

Erfolg für unsere Partei. Zudem sind jetzt der Bundesrat und die Mehrheit des Parlamentes in der Pflicht. Sie verantworten, dass immer mehr Menschen in der Schweiz arbeitslos werden, weil so viele günstige Ausländer einwandern.

Verhandlungen zum Rahmenabkommen müssen jetzt abgebrochen werden. Das Abstimmungsergebnis zeigt klar: Das Institutionelle Abkommen

oder eine stärkere Anbindung an die EU ist chancenlos. Zu Recht: **Das geplante Abkommen will künftig neues EU-Recht bei Verträgen über den Zugang zum europäischen Markt automatisch auch für die Schweiz verbindlich erklären.** Akzeptiert die Schweiz dies nicht, so hat der EU-Gerichtshof das letzte Wort und kann die Schweiz mit

Strafen und Sanktionen belegen. Im Klartext: Fremdes Recht und fremde Richter würden über uns bestimmen. Schlimmer geht's nimmer.

Wenn schon die Begrenzungs-Initiative fast 40 % der Schweizerinnen und Schweizer für sich gewinnen konnte, so wird das Rahmenabkommen mit der EU niemals eine Mehrheit finden. **Daher gibt es nur eine Option: Abbruch der Übung. Es geht auch ohne Rahmenabkommen.**



Von Esther Friedli
Nationalrätin
Ebnet-Kappel, SG

♥ - Dank

Viele SVP-Mitglieder haben sich intensiv für ein **JA zur Begrenzungs-Initiative** eingesetzt. Sei dies mit Leserbriefen, an Standaktionen oder mit der Motivation von Nachbarn, Freunden und Familienmitgliedern, JA zur BGI zu sagen. **Im Namen der Kampagnenleitung bedanke ich mich herzlich bei Ihnen allen.** Der Einsatz war und bleibt nötig: Nur so können wir eine freie und sichere Schweiz erhalten!



Abstimmungssujet:
plattform-für-fairen-wettbewerb.ch

Die gefährlichsten Unwahrheiten sind jene, die schön verpackt daherkommen. So wie die Initiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt», die sogenannte «Konzern-Verantwortungs-Initiative», über die wir am 29. November abstimmen. Die Verpackung dieser linken Initiative ist verführerisch: Denn wer ist schon gegen Verantwortung oder gegen den Schutz von Mensch und Umwelt?

Nur: Was will diese linke Initiative wirklich? Jedes Schweizer Unternehmen soll künftig weltweit für (angebliche) Verfehlungen zur Verantwortung gezogen werden – und sogar für seine Lieferanten haftbar gemacht werden. **Künftig könnte jedes Schweizer Unternehmen angeklagt werden und Schweizer Gerichte müssten die Anschuldigungen im Ausland untersuchen.** Dahinter steckt eine unglaubliche Anmassung: Die Schweiz soll ihre Rechtsordnung über

Weltweite Prozesslawine gegen die Schweiz

Die Unternehmens-Verantwortungs-Initiative ist gefährlich: Sie benachteiligt Schweizer Firmen und spielt sich als links-grüner Weltpolizist auf. Zudem würde sie zu einer Umkehr der Beweislast führen. Damit würde der Rechtsstaat mit Füßen getreten.

andere Staaten stützen. Ich betone: JEDES Schweizer Unternehmen kann angeklagt werden. Im Initiativtext steht nämlich nichts von «Konzernen», sondern nur von Unternehmen. Es kann also auch den lokalen Gewerbebetrieb treffen. Die Unwahrheit beginnt schon im Titel der Initiative.

Die Schweiz spielt Richter in fremden Ländern?

Die Initiative will die sogenannte «Beweislastumkehr». Das heisst, der Beschuldigte muss seine Unschuld beweisen – und nicht der Kläger das Fehlverhalten eines Schweizer Unternehmens im Ausland. Stellen Sie sich vor, Ihr Nachbar beschuldigt Sie, seinen Garten verschmutzt zu haben – und Sie müssten Ihre Unschuld beweisen! Und da der Nachbar aus Kenia kommt, würde die Gerichtsverhandlung in Afrika stattfinden. Das klingt ziemlich absurd, oder? Aber genau so geht die Konzern-Verantwortungs-Initiative vor.

Nein zum links-grünen Moralismus

Verstehen Sie mich richtig: Unternehmen, die gegen Gesetze verstossen, sollen zur Rechenschaft gezogen werden. Aber in dem Land, in dem sie den Verstoß began-

gen haben. Zudem muss auch für Unternehmen die Unschuldsvermutung gelten. Wir müssen uns gegen den links-grünen Moralismus wehren, der sich über den Rechtsstaat setzen will.

Es gibt überall schwarze Schafe – aber deswegen schießt man nicht auf die ganze Herde. **Die Initiative würde dem Schweizer Wirtschaftsstandort enorm schaden:** Nicht nur die Firmen, sondern auch alle Zulieferer würden quasi mit einem Bein vor Gericht stehen, sobald sie global aktiv werden. Die Folgen wäre eine Prozesslawine gegen Schweizer Unternehmen. In gewissen US-Anwaltskanzleien würden bei Annahme der Initiative die Champagnerkorken knallen.

Sagen Sie deshalb **am 29. November Nein zur Benachteiligung von Schweizer Unternehmen und zur überheblichen Vorstellung**, der ganzen Welt unsere Rechtsstandards aufzuzwingen zu wollen.



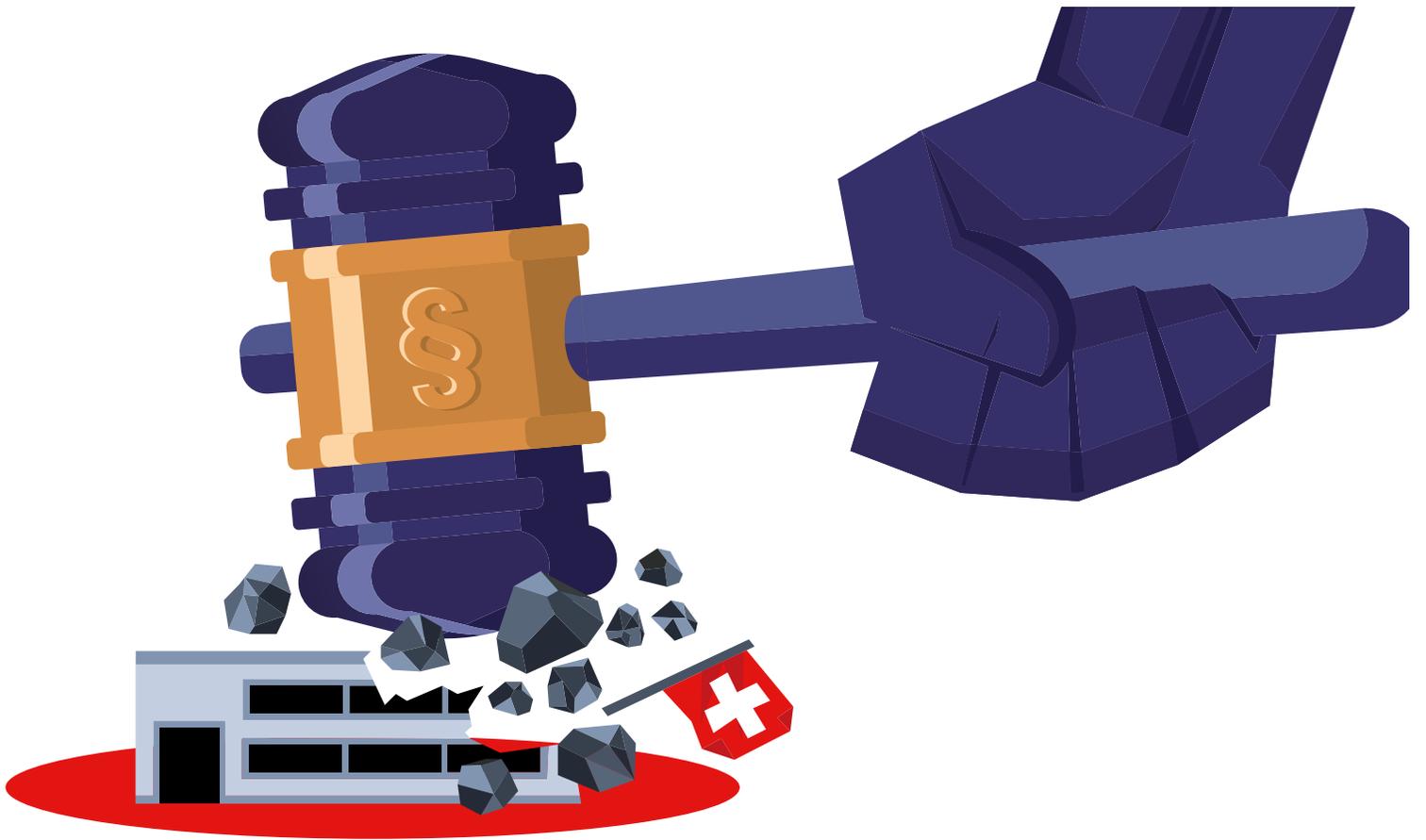
Franz Grüter
Nationalrat
Unternehmer
Eich, LU

Frage: Du Konzern-Verantwortungs-Initiative, warum setzt du unsere Firmen schutzlos der internationalen Klageindustrie aus?

Nicht ok! Deshalb NEIN zur KVI. Mehr Fakten auf www.swissholdings.ch

Eine Informationskampagne von succèSuisse www.succesuisse.ch

 **SwissHoldings**



Schweizer Gewerbe zerstören?



**Linksradikale
Unternehmens-
Verantwortungs-
Initiative**

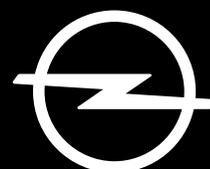
NEIN

DER NEUE OPEL INSIGNIA

**KANN
ALLES.
AUSSER
BLENDEN.**



MIT INTELLILUX LED® PIXEL-LICHT. MEHR DAZU AUF OPEL-INSIGNIA.CH



CO₂-Gesetz – Referendum unterzeichnen – auch für eine sichere Stromversorgung

Der gleichzeitige Ausstieg aus Kern- und fossiler Energie gefährdet die Versorgungssicherheit mit Strom. Um das heutige Niveau halten zu können, müssten bis nach 2040 ganze 65% der heutigen Stromproduktion zugebaut werden. Wo und wie weiss aktuell niemand. Auch deshalb braucht es das Referendum gegen das CO₂-Gesetz – bitte Bogen unterzeichnen und einsenden.

Schon heute können wir aus Corona lernen, dass in der Krise jedes Land zuerst für sich schaut. Die Blockade von für die Schweiz bestimmten Hygienemasken in Deutschland lieferte dazu eindrücklichen Anschauungsunterricht. Das Problem fehlender Masken konnte innert weniger Monate durch die Ankurbelung der Produktion wettgemacht werden und ist heute schon fast vergessen.

Was aber geschieht, wenn dereinst Strom zur Mangelware wird? Es braucht

nach den gemachten Erfahrungen einiges an Naivität, zu glauben, die Schweiz könnte in einem solchen Fall, ob mit oder ohne Stromabkommen, einfach importieren. **Mit dem Ausstieg aus der Kernkraft als auch aus den Kohlekraftwerken in Deutschland kann die Stromproduktion in ganz Westeuropa knapp werden.**

Trotzdem sind wir in der Schweiz drauf und dran, eine der sichersten Stromversorgungen zu zerstören. Dies indem die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung mit dem Ausstieg aus der Kernenergie bereits beschlossen hat, 40 Prozent, das entspricht 24 Terrawattstunden, unserer Stromproduktion zurückzufahren und durch neue Quellen zu ersetzen. Nur sind diese Quellen, wie

Windkraft, Geothermie, aber auch Solarenergie aufgrund der fehlenden Speicher, kaum realisierbar.

Gleichzeitig forcieren wir die Nachfrage nach Strom, indem das CO₂-Gesetz eine Elektrifizierung des Gebäudeparks und des Verkehrs erfordert oder zumindest anheizt. Das faktische Verbot neuer Ölheizungen oder die CO₂-Kompensationspflicht von Treibstoffimporteuren können den Strombedarf in der Schweiz um 25 % beziehungsweise 15 Terrawattstunden erhöhen.

Das würde also bedeuten, dass wir bis ins Jahr 2045 65 % beziehungsweise 39 Terrawattstunden an Stromproduktion zuzubauen müssten, um das heutige Niveau an Versorgungssicherheit zu halten – ein Ding der Unmöglichkeit. **Auch deshalb unterzeichnen Sie bitte noch heute den beiliegenden Bogen zum Referendum gegen das CO₂-Gesetz.**

«Schon heute können wir aus Corona lernen, dass in der Krise jedes Land zuerst für sich schaut. Das gilt auch bei der Stromproduktion.»»

Von Albert Rösti
Nationalrat
Gemeindepräsident
Uetendorf, BE





Politik hautnah aus einer anderen Perspektive erleben? Mitarbeit im Generalsekretariat der grössten Partei der Schweiz

Das Generalsekretariat der Schweizerischen Volkspartei (SVP) sucht ab 1. Januar 2021 oder nach Vereinbarung eine/n

Sekretär(in)/Fraktionsassistent(in) (100%)

Ihr Profil:

- Abgeschlossene kaufmännische Berufsausbildung oder gleichwertige Ausbildung
- Gute schriftliche und mündliche Ausdrucksweise
- Organisationstalent und Kontaktfreudigkeit
- Flexibilität und Belastbarkeit
- Französischkenntnisse von Vorteil

Ihre Aufgaben:

- Administrative Betreuung der Bundeshausfraktion
- Organisation von Parteianlässen
- Korrespondenz selbständig und nach Vorlage
- Allgemeine Sekretariatsarbeiten, Telefonbedienung und Empfang

Wenn Sie gerne in einem kleinen Team mitarbeiten möchten und auch im hektischen Alltag den Humor nicht verlieren, sind Sie bei uns richtig. Wir freuen uns auf Ihre schriftliche Bewerbung, die Sie mit den üblichen Unterlagen an folgende Adresse richten wollen:

Peter Keller, designierter Generalsekretär der SVP Schweiz, Postfach, 3001 Bern
E-Mail: keller@svp.ch, für Rückfragen: 079 543 84 01 www.svp.ch

CO₂-Gesetz: Ein Milliarden-Moloch

Das CO₂-Gesetz wird die Allgemeinheit und die Wirtschaft in den kommenden Jahren 30 bis 40 Milliarden Franken kosten, durch höhere Steuern und Abgaben. Für eine vierköpfige Familie macht das pro Jahr eine Zusatzbelastung von mindestens 1'500 Franken. Die SVP hat darum beschlossen, das Referendum der Wirtschaftsverbände gegen dieses Gesetz zu unterstützen und aktiv Unterschriften zu sammeln.



Von Christian Imark
Nationalrat
Fehren, SO

Schon heute bezahlen Herr und Frau Schweizer an der Zapfsäule rund 85 Rappen pro Liter an Steuern und Abgaben. Der Preis für Benzin und Diesel soll mit dem CO₂-Gesetz um 12 Rappen erhöht werden. Dazu kommen 4 Rappen durch den Bundesbeschluss, Steuererleichterungen für Erdgas, Flüssiggas und biogene Treibstoffe fortzuführen, und nochmals 4 Rappen, die im Rahmen des Agglomerationsfonds beschlossen worden sind. Das macht inskünftig 105 Rappen staatliche Abgaben pro Liter Benzin und Diesel. Für eine vierköpfige Familie bedeutet dies Mehrkosten von 300 bis 400 Franken pro Jahr.

Verteuerungen auf breiter Front

Im Rahmen des neuen CO₂-Gesetzes soll auch die CO₂-Steuer verdoppelt werden. Das bedeutet höhere Preise für alle, die mit Erdöl und Erdgas heizen. Eine vierköpfige Familie kann dies pro Jahr rund 800 Franken mehr kosten. Dazu kommen Flugticketsteuern von bis zu 120 Franken pro Flug. Je nach Destination kann dies eine vierköpfige Familie jährlich rund 500 Franken mehr kosten. Insgesamt muss mit mindestens 1'500 Franken Mehrkosten pro vierköpfigen Haushalt gerechnet werden. **Noch nicht eingerechnet in diesen Zusatzkosten sind höhere Konsumentenpreise für Produkte und Dienstleistungen, zu denen die höheren Steuern und Abgaben führen werden.**

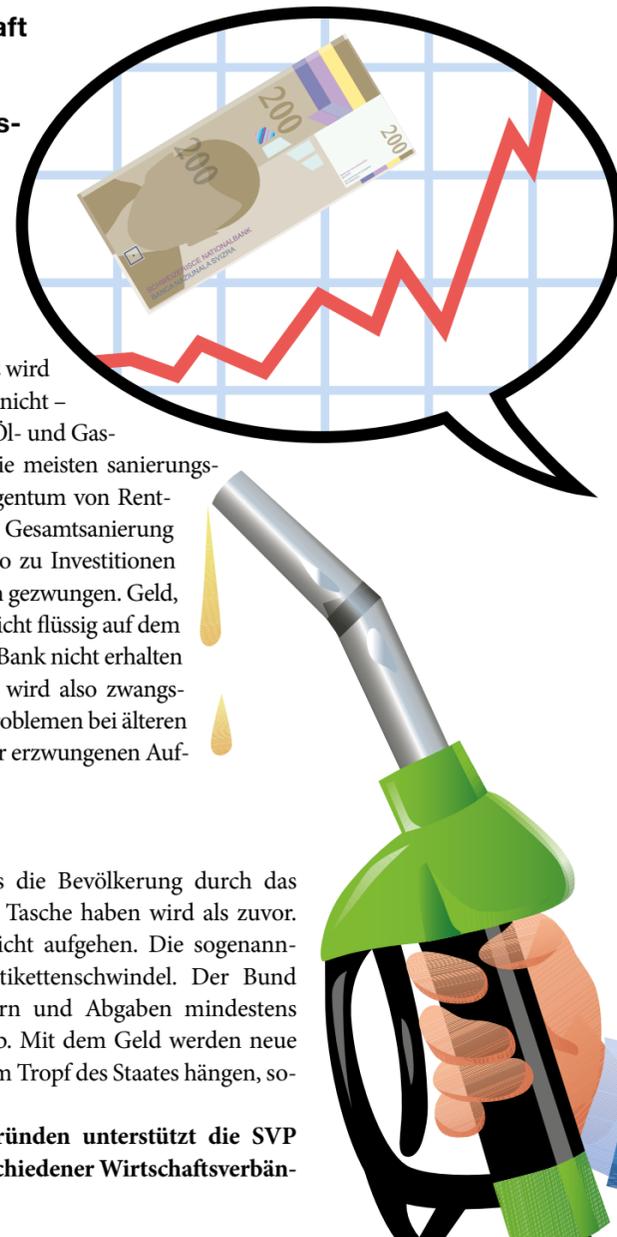
Rentner müssen Häuser aufgeben

Mit dem neuen CO₂-Gesetz wird der Staat – ob sinnvoll oder nicht – den Ersatz von sämtlichen Öl- und Gasheizungen vorschreiben. Die meisten sanierungsbedürftigen Häuser sind im Eigentum von Rentnern. Diese werden faktisch zur Gesamtanierung ihres Hauses verpflichtet und so zu Investitionen von 100'000 bis 150'000 Franken gezwungen. Geld, welches viele ältere Mitbürger nicht flüssig auf dem Konto haben und auch von der Bank nicht erhalten werden. Das neue CO₂-Gesetz wird also zwangsläufig zu zahlreichen sozialen Problemen bei älteren Hausbesitzern führen bis hin zur erzwungenen Aufgabe des Wohneigentums.

Neue Staats-Profiteure

Die Linke behauptet, dass die Bevölkerung durch das CO₂-Gesetz mehr Geld in der Tasche haben wird als zuvor. Aber diese Rechnung kann nicht aufgehen. Die sogenannte Lenkungsabgabe ist ein Etikettenschwindel. Der Bund zwackt von den neuen Steuern und Abgaben mindestens 1 Milliarde Franken jährlich ab. Mit dem Geld werden neue Profiteure geschaffen, welche am Tropf des Staates hängen, solange das Geld fließt.

Aus diesen und weiteren Gründen unterstützt die SVP Schweiz das Referendum verschiedener Wirtschaftsverbände gegen dieses Gesetz.



Das neue CO₂-Gesetz verteuert Benzin und Diesel um 12 Rappen pro Liter. Die Abgabe auf Heizöl und Gas wird mehr als verdoppelt. Und es wird eine neue Steuer von maximal 120 Franken auf Flugtickets eingeführt. All diese Massnahmen belasten die Bevölkerung und die Wirtschaft massiv: Für eine vierköpfige Familie macht das pro Jahr eine Zusatzbelastung von mindestens 1'500 Franken!

JETZT das beiliegende Referendum gegen das CO₂-Gesetz unterschreiben und den Bogen gleich zurücksenden!

CO₂-Gesetz schadet den Landregionen

Braucht es eine gesetzlich verordnete Verteuerung der Energie, um den CO₂-Ausstoss der Schweiz zu verringern? Die Antwort lautet klar Nein: Das neue CO₂-Gesetz bringt dem Klima nichts und verteuert unser aller Leben massiv.

Das neue CO₂-Gesetz verteuert Heizöl, Benzin und Diesel. Auch mit noch höheren Mieten und Nebenkosten ist zu rechnen. Denn mit dem neuen Gesetz steigen die Anforderungen an Gebäudetechnik und Wärmeisolation, was höhere Kosten verursacht. Zudem ist damit zu rechnen, dass die Unternehmen die höheren Transport- und Produktionskosten, die ihnen durch das CO₂-Gesetz entstehen, auf die Konsumenten überwälzen. Damit müssen wir künftig für die Produkte des täglichen Lebens noch tiefer in die Tasche greifen. Und dies in einer wirtschaftlich unsicheren Zeit, in der unzählige Betriebe um ihr Überleben kämpfen und Experten einen Anstieg der Arbeitslosigkeit auf bis zu 8% prognostizieren.

Links-Grün will umerziehen und umverteilen

Dabei braucht es dieses neue CO₂-Gesetz gar nicht. Denn die Schweiz verursacht gerade einmal 0,1% des weltweiten CO₂-Ausstosses. Trotz der massiven Zuwanderung in unser Land von 1 Million Einwohner in 12 Jahren konnte unser Land den Treibhausgasausstoss in den letzten Jahren massiv senken. Der Grund dafür liegt in der Kombination einer liberalen Wirtschaftspolitik und innovativer Unternehmen. Dies führt zur Entwicklung neuer, effizienter und umweltschonender Technologien.

Dieser Weg war in den letzten Jahren erfolgreich. Er wird es auch weiterhin sein. Klimafreundlicher Fortschritt funktioniert nur in einer freien Marktwirtschaft, wo Wettbewerb sowie Angebot und Nachfrage spielen.

Links-Grün hingegen will mit dem neuen CO₂-Gesetz eine wirtschaftsschädigende Planwirtschaft einführen. Die Bevölkerung soll umerzogen und staatlich gesteuert werden. Wer nicht spurt, der wird bestraft und gebüsst. Abgaben und Bussgelder fliessen in einen Klimafonds und werden umverteilt. Aus diesem Fonds sollen angeblich Klimaprojekte finanziert werden – welche, ist jedoch unklar. Klar ist hingegen, dass staatlich-sozialistische Lenkung noch nie funktioniert hat.

Gesetz benachteiligt Landregionen

Das neue CO₂-Gesetz vertieft zudem den Stadt-Land-Graben. Die in den Städten und Agglomerationen wohnhafte Bevölkerung, die den ÖV direkt vor der Haustüre hat, wird weniger CO₂-Abgaben bezahlen müssen. Die Zeche werden vor allem die Menschen in den ländlichen Regionen bezahlen müssen, die auf das Auto angewiesen sind. **Auch das Gewerbe und die Landwirte werden durch das CO₂-Gesetz höhere Kosten haben.** Sie können das Baumaterial oder das Heu nicht mit Tram oder Zug auf die Baustelle oder in den Stall bringen.

Das neue CO₂-Gesetz ist eine ideologische Träumerei von Links-Grün und bringt ausser mehr Steuern und Abgaben nichts.

Deshalb: Unterschreiben Sie noch heute das beiliegende Referendum!



Von Monika Rüeegg
Nationalrätin
Engelberg, OW

Initiative löst keine Probleme, schafft aber neue

Am 29. November 2020 entscheidet das Schweizer Stimmvolk über die Eidgenössische Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten». Das Verbot soll für die Schweizerische Nationalbank, die AHV/IV, Pensionskassen und Stiftungen sowie Banken und Versicherungen gelten. Eine Annahme der Initiative würde den Wirtschaftsstandort Schweiz benachteiligen und den Vorsorgewerken schaden.

Die Volksinitiative wurde von der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) und den Jungen Grünen lanciert. Sie verlangt, dass der Schweizerischen Nationalbank (SNB), Stiftungen sowie Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge die Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten untersagt werden soll. Der Bund soll sich ausserdem auf nationaler und internationaler Ebene dafür einsetzen, dass für Banken und Versicherungen entsprechende Vorgaben gelten. Als Kriegsmaterialproduzenten definiert die vorgesehene Verfassungsbestimmung Unternehmen, die mehr als fünf Prozent ihres Jahresumsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erwirtschaften.

Unrealistisch und schädlich

Das von der Initiative angestrebte weltweite Finanzierungsverbot ist nicht realistisch. Eine Annahme der Initiative hätte

keinen Einfluss auf die weltweite Waffenproduktion. Sie bliebe wirkungslos. Sie hätte aber negative Auswirkungen auf die Schweiz, weil ihre Annahme die Investi-

der Initiative als Kriegsmaterialproduzenten gelten. Dies könnte z.B. zahlreiche KMU der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie treffen, die teilweise als Zulieferer von Rüstungsunternehmen tätig sind. Wird diesen KMU der Zugang zu Krediten erschwert, können sie weniger investieren. Dadurch verlieren sie an Wettbewerbsfähigkeit. Schliesslich könnten so wichtiges Know-how und Arbeitsplätze verloren gehen.



Die GSoA-Initiative gefährdet die soziale Sicherheit, Wirtschaft, Arbeitsplätze und den Schweizer Franken!

tionsmöglichkeiten der Pensionskassen und der AHV/IV stark einschränken würde. Die damit verbundenen höheren Verwaltungskosten und Anlagerisiken sowie längerfristig geringeren Renditeaussichten würden sich letztlich negativ auf die Altersrenten auswirken. Die Einschränkung der Investitionsfreiheit von Banken und Versicherungen würde zudem den Schweizer Finanzplatz schwächen.

Wettbewerbsnachteil für KMU

Die Initiative ist auch aus wirtschaftlichen Gründen abzulehnen. Bei einer Umsetzung des Finanzierungsverbots für Schweizer Banken dürften auch Schweizer KMU keine Kredite mehr von ihrer Hausbank erhalten, wenn sie gemäss den strengen Kriterien

Finanzierungsverbot existiert bereits

Das Kriegsmaterialgesetz enthält bereits ein Finanzierungsverbot für atomare, biologische und chemische Waffen sowie für Streumunition und Personenminen. Die geltende Regelung gewährt den Vorsorgewerken und dem Finanzplatz Schweiz aber den nötigen Handlungsspielraum, damit die verwalteten Vermögen breit diversifiziert und mit geringem Anlagerisiko in international etablierte Finanzprodukte investiert werden können.

Aus all diesen Gründen empfehlen Bundesrat und Parlament ein NEIN am 29. November 2020!



Von Guy Parmelin
Bundesrat, Vorsteher des Eidgenössischen
Departements für Wirtschaft,
Bildung und Forschung (WBF)

**AHV
und
KMU
schwächen?**



am 29. November

NEIN

**zum Finanzierungs-
Verbot der GSoA**

GSoA-nein.ch

SVP-Delegierte fordern die Rückweisung des Institutionellen Abkommens mit der EU

Am 24. Oktober fassten die Delegierten der SVP Schweiz die Parolen für die Abstimmungen vom 29. November. Corona-bedingt musste die Delegiertenversammlung in den digitalen Raum verlegt werden. Trotzdem war das Interesse gross: Im Schnitt verfolgten 800 Personen den Live-Stream.

Etwas ungewohnt war die Situation schon, als Parteipräsident Marco Chiesa die Delegierten der SVP Schweiz per Live-Stream begrüßte. Wegen des aktuellen Verbotens musste die Delegiertenversammlung der SVP Schweiz vom 24. Oktober digital stattfinden. So konnten die Delegierten wie vorgesehen die Parolen für die Abstimmung vom 29. November fassen. Zudem haben sie einer zuvor vom Parteivorstand verabschiedeten Resolution gegen das Institutionelle Abkommen mit der EU (InstA) grossmehrheitlich zugestimmt. Die Resolution fordert vom Bundesrat, das Institutionelle Abkommen mit der EU zurückzuweisen. Sie umfasst 12 Punkte, welche die Beurteilung und Forderungen der SVP Schweiz in Bezug auf das InstA beinhalten. Dabei geht es um wesentlich mehr als um Nebenschauplätze wie die Unionsbürgerrichtlinie, den Lohnschutz und die staatlichen Beihilfen (siehe Box unten). Zentraler Kritikpunkt der SVP Schweiz am InstA ist die Tatsache, dass die Schweiz mit diesem Abkommen ihre Selbstbestimmung verlieren würde.

Delegierte sagen klar Nein zu den beiden linksextremen Initiativen

Für die Volksabstimmung vom 29. November haben die Delegierten zwei Mal die Nein-Parole gefasst: Sie lehnen die beiden linksextremen Initiativen «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» und «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» grossmehrheitlich ab.



Resolution zur Verteidigung unserer Freiheit und Volksrechte – Nein zum Unterwerfungsvertrag der EU

Die SVP verlangt vom Bundesrat dringend einen **Massnahmenplan** für den Fall, dass die EU der Schweiz wirtschaftliche Retorsionsmassnahmen aufbürdet, falls diese das InstA wegen Unzumutbarkeit ablehnt. Es sind Massnahmen zu erarbeiten, wie dies der Bundesrat beispielhaft mit der Alternativlösung bei Nichtanerkennung der Börsenäquivalenz getan hat. Ebenso fordert die SVP ein **Effizienzsteigerungs- und Revitalisierungsprogramm** für die Schweiz.

Die SVP fordert den Bundesrat auf, diesen Vertragsentwurf weder zu paraphieren noch zu unterzeichnen, sondern zurückzuweisen. Der EU ist freundlich und unmissverständlich darzulegen, dass die Schweiz an guten bilateralen Beziehungen auf Augenhöhe interessiert ist, aber keinen Vertrag unterschreiben kann, der gegen den Zweckartikel der Bundesverfassung verstösst, welcher die Unabhängigkeit des Landes und die Rechte des Volkes garantiert.

Das vollständige Rahmenabkommen mit der Beurteilung und den Forderungen der SVP lesen Sie online: svp.ch/resolution



Die Delegiertenversammlung fasste folgende Parolen:

Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt»

NEIN

Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten»

NEIN



BEAUTIFUL FAST CARS

JAGUAR I-PACE 100 % ELEKTRISCH

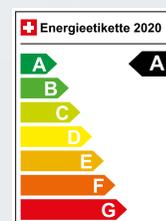


Jaguars erster vollelektrischer Performance-SUV besticht mit seinem bahnbrechenden Cab-Forward-Design, einem intelligent konzipierten Innenraum und 400 PS, dank denen Sie in 4.8 Sekunden und ganz ohne Emissionen von 0 auf 100 km/h beschleunigen.

Jetzt den I-PACE bei Ihrem Jaguar-Fachmann Probe fahren.

jaguar.ch

I-PACE EV400, Automatikgetriebe, 400 PS (294 kW), Gesamtverbrauch 24.8 kWh/100 km, CO₂-Emissionen 0 g/km.
Energieeffizienz-Kategorie: A.





Politik hautnah aus einer anderen Perspektive erleben? Mitarbeit im Generalsekretariat der grössten Partei der Schweiz

Das Generalsekretariat ist das Dienstleistungszentrum der Partei. Dabei erfüllt es folgende Hauptaufgaben: Sekretariat und Beratung der Bundeshausfraktion, Koordination und administrative Unterstützung sämtlicher Parteiorgane, Organisation und Durchführung von Parteianlässen, Vorbereitung und Begleitung eidgenössischer Wahlen und Abstimmungen sowie die Öffentlichkeitsarbeit der Partei.

Das Generalsekretariat der Schweizerischen Volkspartei (SVP) sucht per 1. Februar 2021 oder nach Vereinbarung eine/n

Wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in (100%)

Ihr Profil:

- Abgeschlossenes Hochschulstudium
- Interesse an der schweizerischen Politik
- Gewandtheit im mündlichen und schriftlichen Ausdruck
- Gute Französischkenntnisse
- Organisationstalent und hohe Sozialkompetenz
- Selbstständige, präzise und effiziente Arbeitsweise mit hoher Einsatzbereitschaft

Ihre Aufgaben:

- Beratung und inhaltliche Arbeit für die Bundeshausfraktion und die Partei
- Verfassen von Positionspapieren und Texten (auch für Medienarbeit und Social Media)
- Verantwortung über diverse Fachdossiers auf dem Generalsekretariat
- Planung und Ausführung von Projektarbeiten inklusive Mitarbeit bei Parteianlässen, etc.

Wenn Sie gerne selbständig und gestaltend mitarbeiten, sind Sie genau der/die richtige Person für uns. Wir freuen uns auf Ihre schriftliche - gerne auch per Mail - Bewerbung, die Sie mit den üblichen Unterlagen an die folgende Adresse richten:

Peter Keller, designierter Generalsekretär der SVP Schweiz, Postfach, 3001 Bern
E-Mail: keller@svp.ch, für Rückfragen: 079 543 84 01 www.svp.ch

Nein zum Unterwerfungsvertrag

Das Rahmenabkommen ist die Neuauflage des vom Volk abgelehnten Kolonialvertrags EWR. Als föderalistisches Land und älteste Demokratie in Europa darf sich die Schweiz nicht wie ein Untertanenland von der EU vorführen lassen. Diese hat es vor allem auf unser Geld abgesehen – wie schon Napoleon, als er 1798 den Berner Staatsschatz raubte, um seine Expansionskriege zu finanzieren.



Von Thomas Aeschi
Nationalrat und
SVP-Fraktionspräsident
Baar, ZH

Am 6. Dezember 1992 lehnten Volk und Stände den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ab. Als die Schweiz und die EU im Herbst 1993 Verhandlungen aufnahmen, forderte die EU, dass der freie Personenverkehr in die Bilateralen I aufgenommen würde, obwohl die Schweiz offiziell nur an einer Beteiligung am EU-Binnen(wirtschafts)markt interessiert war. Doch hinter den Kulissen arbeiteten namhafte Beamte auf einen EU-Beitritt hin. Gewisse Kreise lancierten deshalb schon 1997 die Idee eines institutionellen «Assoziationsabkommens», das die Schweiz «**zu einer kontinuierlichen Annäherung**» an die EU verpflichtet hätte. Mehr als zehn Jahre später griff EU-Kommissionspräsident Barroso 2008 das Rahmenabkommen für seine Zwecke auf und forderte «**ohne Rahmenabkommen keine neuen Verträge**», um so die Schweiz zum automatischen Nachvollzug von EU-Recht zu zwingen (analog EWR). Der damalige Bundesrat gab dem Druck nach und bestellte 2011 bei Professor Thürer ein Geheimgutachten, das aufzeigte, wie die Schweiz ohne Volksabstimmung schleichend in die EU geführt werden könne, indem nämlich den Urteilen des EU-Gerichtshofs (EuGH) «völkerrechtlicher Charakter» zugestanden würde, und da Völkerrecht grundsätzlich Vorrang vor innerstaatlichem Recht hätte, die EU-Rechtsprechung damit über Parlament und Volk gestellt würde.

«Ja, es geht um fremdes Recht»

Während die Schweiz ursprünglich der EU keine einseitige Überwachungs- und Rechtsauslegungskompetenz zugestehen

wollte, machten die Schweizer Verhandlungsführer ein weiteres Mal schwerwiegende Konzessionen und sie akzeptierten die automatische EU-Rechtsübernahme für zukünftige wie auch bisherige Verträge, die Überwachung durch die EU-Kommission und die Rechtsauslegung/Streitbeilegung durch den EuGH, das Gericht der Gegenpartei. Yves Rossier sagte wörtlich: «**Ja, es sind fremde Richter, es geht aber auch um fremdes Recht.**» Den Einfluss des EuGH versuchte EU-Kommissionspräsident Junker 2017 durch ein vorgelagertes «Scheinschiedsgericht» zu kaschieren, welches für die EU-Assoziierungsabkommen mit den postsowjetischen Staaten Ukraine, Moldawien und Georgien entworfen wurde, um diese enger an die EU anzubinden.

Kritik am Abkommen nimmt zu

Die Wirtschaft steht dem Rahmenabkommen kritisch gegenüber. So sagt Paul Bulcke: «**Die Schweiz sollte nichts überstürzen. [...] Angesichts der Tatsache, dass der Brexit noch nicht ausverhandelt ist, frage ich mich, ob nicht auch die Schweiz noch etwas nachverhandeln könnte. [...] Wir sollten flexibel bleiben.**» Axel Weber ist noch deutlicher: «**Die EU muss Drittstaaten**

wie der Schweiz ein besseres Angebot machen.» Und Alfred Gantner ist überdeutlich: «**Das Rahmenabkommen sieht die dynamische Übernahme von EU-Recht vor. Wir würden doch auch nicht US-Recht übernehmen, nur um Zugang zum US-Binnenmarkt zu haben. Mit der dynamischen Rechtsübernahme gefährdet das Rahmenabkommen den Föderalismus und den Kern der direkten Demokratie.**» Gerhard Pfister erachtet den EuGH als «**toxisch für die Mehrheitsfähigkeit des Rahmenvertrags**» und Petra Gössi forderte früher, dass «**die Guillotine-Klausel weg**» müsse.

Angesichts der langen Historie und der breiten Kritik wäre der Bundesrat gut beraten, jetzt nicht überstürzt Verhandlungsführerin Nummer 5, Livia Leu, in einer Hauruck-Übung lediglich die drei offenen Punkte «**klären**» zu lassen, sondern erstens den Ausgang der Abkommensverhandlungen zwischen Grossbritannien und der EU abzuwarten (bis ein umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen steht, wird es sicherlich noch zwei Jahre dauern) und zweitens den Streitbeilegungsmechanismus des Kanada-EU-CETA-Abkommens als Alternative zum EuGH zu prüfen.





ABSAGE JASSCUP 2021

Liebe Jassfreunde

Aufgrund der aktuellen Situation rund um Covid-19 und der damit verbundenen Planungsunsicherheiten müssen wir unseren traditionellen SVP-Jasscup vom 20. Februar 2021 schweren Herzens absagen. Wir bedauern die Absage sehr und bitten Sie um Verständnis.

Wir sind zuversichtlich, dass wir im Februar 2022 wieder einen Jasscup im gewohnten Rahmen durchführen können, und freuen uns bereits jetzt auf Ihre Teilnahme. Bleiben Sie gesund!

Mit herzlichem Dank für Ihre Treue

Organisationskomitee SVP-Jasscup



SVP Schweiz, Postfach, 3001 Bern
Telefon: 031 300 58 58 / E-Mail: gs@svp.ch

**DER ANTRIEB IST NEU.
DIE SICHEREN
WERTE BLEIBEN.**

**JETZT MEGA-PRÄMIEN
SUBARU
GOLDEN
WEEKS**



MARTI

e-BOXER | SUBARU HYBRID TECHNOLOGY

subaru.ch SUBARU Schweiz AG, 5745 Safenwil, Tel. 062 788 89 00. multilease.ch



SUBARU

EU-Rahmenvertrag

Die Mutter aller Schlachten

Das Institutionelle Abkommen lässt sich nicht schönschminken oder verbessern. Es muss grundsätzlich und entschieden abgelehnt werden.



Von Roger Köppel
Nationalrat
Küssnacht, ZH

Das im Wortlaut vorliegende Institutionelle Abkommen mit der EU ist das wichtigste Thema der Gegenwart, wichtiger noch als Corona. Denn stünde die Schweiz heute unter dem Rahmenvertrag, hätte unser Bundesrat Ueli Maurer in der Covid-Krise nicht so schnell, effizient und massgeschneidert Hilfe an unsere Wirtschaft leisten können, wie sie sogar die «Financial Times» gelobt hat.

Es ist das alleinige Verdienst der SVP und ihrer Exponenten, dass dieses Rahmenabkommen so früh thematisiert und kritisch begleitet wurde. Denn ein solches Abkommen hat sich schon abgezeichnet und wurde hinter dem Rücken des Volkes schon ausgehandelt, als die anderen Politiker und die Medien überhaupt noch nichts davon wissen wollten.

Im Grundsatz unhaltbar und unannehmbar

Der Vertrag liegt seit einiger Zeit vor – und er lässt sich nicht mit einigen kosmetischen Pinselstrichen schönschminken. Dieser Vertrag ist im Grundsatz unhaltbar und unannehmbar. Denn wir müssten die Spielregeln der EU übernehmen, wir müssten automatisch EU-Recht übernehmen. Die EU würde als Gesetzgeber in der Schweiz installiert. Und das Rahmenabkommen würde zahlreiche bisherige Verträge zu einer Super Guillotine zusammenschrauben. Die Bürger könnten nur noch

unter dem drohenden Niedersausen dieses Riesenfallbeils mit entsprechenden Sanktionen abstimmen – und EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker sprach von einem «Freundschaftsvertrag»! Wer solche Freunde hat, braucht keine Feinde mehr.

Es handelt sich um einen Frontalangriff auf unsere Souveränität, unsere Selbstbestimmung und unsere Demokratie, also auf alles, was die Schweiz erfolgreich und wohlhabend gemacht hat. **Jede Generation hat die Aufgabe, ihre Freiheit aufs Neue zu verteidigen.** Aufgabe der SVP ist es, der Bevölkerung aufzuzeigen, dass die Souveränität durch eine automatische Rechtsübernahme, durch die Anerkennung fremder Richter und durch eine Riesenguillotine aufs Höchste gefährdet ist. Es geht beim EU-Rahmenvertrag nicht um die «Rettung des bilateralen Wegs», sondern um das Ende dieses bilateralen Wegs auf Augenhöhe zwischen Gleichberechtigten, indem die EU herrschen würde und die Schweiz gehorchen müsste. Unser Land würde zu

einer Rechtskolonie, zu einem Untertanengebiet von Brüssel.

Wir sind nicht allein

Die gute Nachricht: **Wir werden beim Kampf gegen das Rahmenabkommen nicht allein sein.** Die Gewerkschaften, die Kantone, die alt Bundesräte Johann Schneider-Ammann (FDP) und Micheline Calmy-Rey (SP) oder CVP-Präsident Gerhard Pfister melden sich kritisch zu Wort. Global tätige, wirklich grosse Unternehmer werden den Vertrag aus Souveränitätsgründen bekämpfen.

Das Wichtigste aber wird die Volksabstimmung sein. Das Rahmenabkommen im Abstimmungskampf zu verhindern, wird für uns zur «Mutter aller Schlachten». Dann wird es mit Gottfried Keller darum gehen, den grossen «Haufen der Gleichgültigen und Tonlosen» wachzurütteln. Und wieder mit Gottfried Keller: «Dann wird es sich zeigen, ob der Faden und die Farbe gut sind an unserem Fahmentuch.»



Das Rahmenabkommen ist ein Frontalangriff auf unsere Souveränität, unsere Selbstbestimmung und unsere Demokratie, also auf alles, was die Schweiz erfolgreich und wohlhabend gemacht hat!